

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 157 bis 161:

Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu schließen.

Wir akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Um diesen Geschäftsmodellen einen Riegel vorzuschieben, brauchen wir starke Finanzmarktregulierung.

Wir wollen diese Akteur*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden.

~~Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu schließen. Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen.~~

Wir stärken das Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel

weitere Antragsteller*innen

Ricarda Lang (KV Schwäbisch Gmünd); Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt); Leon Bossen (KV Flensburg); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Thomas Burger (KV Kurpfalz-Hardt); Merlin Nagel (KV Ingolstadt); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Stefan Lange (KV Berlin-Neukölln); Cim Kartal (KV Bielefeld); Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Robert Hahn (KV Berlin-Kreisfrei); Sven Lehmann (KV Köln); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Jakob Ache (KV Bremen-Mitte); Martin Schulze (KV Greiz); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.